



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Brasilien 2011

Folter war bei Festnahmen und Verhören sowie bei Inhaftierungen in Polizeizellen und Gefängnissen weit verbreitet. Im Jahr 2011 lag die Zahl der Gefängnisinsassen landesweit bei etwa 500000, wobei 44% aller Gefangenen sich in Untersuchungshaft befanden. Massive Überbelegung, erniedrigende Bedingungen, Folter sowie Gewalt unter den Insassen waren an der Tagesordnung.

Im Februar 2011 wurden drei Männer, die des Mordes an Marcus Veron, einem Sprecher der Guarani-Kaiowá, beschuldigt worden waren, wegen Entführung, Bildung einer kriminellen Vereinigung und Folter für schuldig befunden, von der Mordanklage jedoch freigesprochen. Zum Jahresende befanden sich die drei in Freiheit, während ein von ihnen gegen das Urteil eingelegtes Rechtsmittel noch anhängig war. Marcus Veron war im Februar 2003 auf indigenem Land zu Tode geprügelt worden.

Im Oktober wurde dem Kongress ein lang erwarteter Gesetzentwurf zur Einführung Nationaler Präventivmaßnahmen (Mecanismo Preventivo Nacional) und eines Nationalen Komitees für die Prävention und Beseitigung von Folter (Comitê Nacional de Prevenção e Combate à Tortura) vorgelegt. Er entsprach den Bestimmungen des Fakultativprotokolls zum UN-Übereinkommen gegen Folter. Zum Jahresende hatten drei Bundesstaaten - Rio de Janeiro, Alagoas und Paraíba - Gesetze für die Schaffung staatlicher Präventivmaßnahmen verabschiedet und ein Bundesstaat, Rio de Janeiro, mit der Umsetzung begonnen.

Amnesty fordert, dass Brasilien dem Beispiel anderer Länder folgt und sein Amnestiegesetz außer Kraft setzt. Dieses Gesetz aus dem Jahr 1979 verhindert, dass diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden, die zur Zeit der Militärdiktatur für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Folter, Mord, Vergewaltigung und das Verschwindenlassen von Personen verantwortlich waren.

Quellen: Amnesty Jahresbericht 2012, Amnesty News Service